

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Peltzeile oder deren Raum 20 Pfg., Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 51.

Donnerstag, den 29. Februar 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Eine Sozialistendebatte im Reichstage.

Sebe großzügige und grundsätzliche Erörterung der Sozialpolitik ist schließlich eine Debatte über den Sozialismus. Das ist gestern völlig klar zum Ausdruck gekommen bei der Verhandlung über das Reichsamt des Innern, dessen erster Titel seit seiner die Gelegenheit zu umfassenden sozialpolitischen Diskussionen gibt. Genosse Wurm, der als erster Redner der sozialdemokratischen Fraktion zu Wort kam, führte in seiner klar durchdachten und überzeugenden Rede unsere gesamten Forderungen an die Sozialpolitik auf die Grundanschauungen des Sozialismus zurück. „Alle Sozialreform stammt von der Sozialdemokratie“, das war der eigentliche Lehrsatz von dem er ausging und es gelang ihm, den Beweis zu führen, daß die Sozialreform selbst zugleich mit der anwachsenden sozialdemokratischen Bewegung aus der kapitalistischen Entwicklung hervorgegangen ist. Das Streben der Arbeiterklasse, sich das Recht auf Leben zu erobern, ist der wirkliche Anfang sozialpolitischer Wirksamkeit. Und ebenso klar verständlich ist es, daß bis heute noch die wirklichen Förderer sozialpolitischer Arbeit in der Sozialdemokratie gesucht werden müssen, daß die anderen wohl von Arbeiterschutz sprechen, ihn aber nach Möglichkeit aufzuhalten versuchen. Die Sozialdemokratie, die so die eigentliche sozialpolitische Triebkraft darstellt, hat auch immer nur diejenigen Gesetzentwürfe zurückgewiesen, die gegenüber federleicht wiegenden Verbesserungen schwere Verschlechterungen einführen. Aber positive Arbeit hat sie immer zu leisten versucht. Genosse Wurm konnte unter dem Beifall der Fraktion den lächerlichen Vorwurf zurückweisen, als habe die Sozialdemokratie jemals den unmöglichen Grundgedanken proklamiert: Alles oder nichts! Vielmehr zwingt uns unser Bekenntnis zu der großen Lehre der Entwicklung zu einer allerdings möglichst beschleunigten, aber immerhin allmählichen Eroberung sozialpolitischer Fortschritte. Auf die Wahrheit und Wirklichkeit der wirtschaftlichen Entwicklung konnte sich unser Fraktionsredner berufen, wenn er für die Gegenwart und die unmittelbare Zukunft von der herrschenden Klasse größere Zugeständnisse verlangte. Die Proletarisierung bisher selbständiger Existenzen, der Privatbeamten, der Staatsangestellten usw. zwingt zu einem rascheren Tempo. Die Anträge, die von unserer Fraktion eingebracht sind, und die unser Redner zum Schluss behandelte, zeigen die Richtung, die wir der Fortführung der Sozialpolitik geben wollen. So war die ganze Rede eine wirklich sozialistische Darlegung sozialpolitischer Arbeit, und sie führte dermaßen die eigentliche Sozialistendebatte in den Vordergrund der Diskussion.

Das zeigte sich schon bei den nächstfolgenden Rednern, die auch bei engherzigster Anschauung den Zusammenhang zwischen der großen zum Sozialismus treibenden wirtschaftlichen Entwicklung und der praktischen Sozialpolitik erkennen mußten. Der Zentrumsabgeordnete Meyer-Kaufbeuren deckte unbewußt die ganze Hilflosigkeit der gegenwärtigen reaktionären Wirtschaftspolitik auf, die nicht aufkommt gegen die Gewalt der Entwicklung und die es nicht hindern kann, daß der preussische Staat selber sozialisierende Tendenzen durch unmittelbare Beeinflussung der großen Syndikate und Kartelle betreibt. Auch die Reden des konservativen Abg. Pauli, der von Potsdam nach Hagenow geflüchtet ist, und des Polen Morawski waren schließlich nur Versuche, vor der Übermacht wirtschaftlicher Notwendigkeiten die unhaltbaren Prinzipien einer reaktionären Wirtschaftspolitik zu retten. Graf Posadowski, der als letzter Redner sprach, unternahm den Versuch, den Sozialismus selbst anzugreifen. Aber der Erfolg seiner gestrigen Rede, der keineswegs größer war, als in der allgemeinen Staatsdebatte, wird ihm wohl gezeigt haben, daß man mit biederemännlichen Banalitäten und wohlwollenden Harmlosigkeiten die notwendige Kenntnis eines so riesigen Problems nicht erlangen kann. Nicht einmal rhetorisch war die Rede erfreulich, die zusammenhanglos mehr oder weniger aphoristische Bemerkungen über dies und jenes und allerdand aneinanderreichte. Die Debatte über den Titel Staatssekretär nimmt heute ihren Fortgang.

Das englisch-russische Satyrspiel in Persien.

Die langwierigen Unterhandlungen zwischen England und Rußland hinsichtlich der weiteren Schicksale Persiens haben endlich eine bestimmte Form angenommen. Das

Ergebnis ist, wie vorauszusehen war, die Ablehnung der offenen Teilung Persiens, die den Interessen Englands nicht entspricht und die Stärkung des englisch-russischen Einflusses in einem solchen Grade, daß von einem selbständigen persischen Staate weniger als je gesprochen werden kann. Die englische und russische Diplomatie bekennt allerdings noch heute, daß sie vor allem um die „Integrität und Souveränität“ Persiens besorgt sei, es ist aber bloß die Belohnung zweier Wölfe um die „Integrität“ der gemeinsamen Beute gegenüber den Gelüsten eines Dritten. Die englisch-russische Note, die, wie gemeldet wird, von der Teheraner Regierung bereits angenommen worden ist, läßt zu der Gewalt noch den Hohn, indem sie von der persischen Regierung die Anerkennung der „Prinzipien des englisch-russischen Abkommens von 1907“ verlangt, die bekanntlich die Aufteilung Persiens zwischen den beiden Ententemächten einleitete. Einen Fortschritt bedeutet diese Forderung allerdings: bisher verfügten England und Rußland über die Geschichte Persiens über den Kopf dieses Staates hinweg, mit vollständigen heuchlerischen Versicherungen, daß sie sich keineswegs in die inneren Angelegenheiten Persiens einmischen; nun legen sie durch die Forderung der Anerkennung der Konvention von 1907 dieser diplomatischen Heuchelei ein Ende, indem sie von dem Opfer selbst die „Zustimmung“ zur Abschachtung erpressen. Mit welchen Mitteln diese wiederum vorgenommen werden soll, geht aus den übrigen Punkten der englisch-russischen Note hervor. Erstens entläßt die persische Regierung die Fidsais und andere irreguläre Truppen, d. h. sie liefert die Revolutionäre (Fidsais) an die Schlachtabank und entblößt sich selbst von jeder irregulären Schutztruppe, die bei den persischen Verhältnissen für sie in erster Linie in Betracht kommt. Zweitens organisiert sie eine kleine effektive Armee unter der Leitung russischer Offiziere, d. h. sie liefert sich auf Gnade und Ungnade der unter russischem Kommando stehenden persischen Kosakenbrigade aus, die schon zur Zeit des Kosakenobersten Schachow dargetan hat, daß sie der Leitung des Kommandierenden des transkaukasischen Militärbezirks untersteht und auf dessen Weisung gegen das persische Parlament und das Volk vorgeht. Ein dritter Punkt verlangt von der persischen Regierung, daß sie sich mit dem Eschah Mohammed Ali, der den jetzigen Raubzug gegen Persien durch seinen, von der russischen Regierung begünstigten Vorschlag einleitete und noch jetzt im Rücken der russischen Truppen sein räuberisches Unwesen in Persien treibt, auf Grund der englisch-russischen Verträge vom 6. März 1911 verständige, d. h. daß die persische Regierung dem vertriebenen Monarchen die Pension aussetze, auf die er durch sein hochverräterisches Unternehmen jeden rechtlichen Anspruch verloren hat. Diese Forderung ist um so charakteristischer, als die englische und russische Regierung im vorigen Sommer selbst anerkannt haben, daß Mohammed Ali nach seiner Landung in Persien jeden Anspruch auf die ihm ausgesetzte Pension verloren hat. Ein weiterer Punkt endlich regelt die Anleihefrage, die die goldene Schlinge um den Hals Persiens noch fester zuzieht. Von der Zurückziehung der russischen und englischen Truppen aus Persien wird in der Note mit keinem Worte gesprochen.

Aber diesen Punkt, der politisch von größter Bedeutung ist, äußerte sich dieser Tage Sir Edward Grey, als er im englischen Parlament den Raubzug Englands und Rußlands verteidigte. Er wies darauf hin, daß die russischen Truppen nicht zum Zweck einer dauernden Besetzung Persiens dorthin entsandt worden seien, und daß Rußland seine Truppen innerhalb der letzten Jahre bereits einmal zurückgezogen habe. Um dieser recht unglaubwürdigen Erklärung einen gewissen Halt zu geben, verwies er darauf, daß der Einmarsch der russischen Truppen durch das stete Vordringen der türkischen Truppen im Gebiete von Urmia hervorgerufen worden sei, die die strategische Stellung Rußlands bedrohe. Diese Erklärung hat zwar dazu beigetragen, daß die englischen Radikalen zusammenknickten und ihr Mißtrauensvotum gegen die persische Politik Greys zurückzogen; sie hat auch den russischen Liberalen die heiß ersehnte Möglichkeit gegeben, ihre Opposition gegen die Raubpolitik in Persien aufzugeben und den Marsch der russischen Truppen nach Choh als „ernste staatliche Notwendigkeit“ zu erklären (s. Reisch, 10/23. Februar.) In Wirklichkeit beweist sie aber nur, daß die Verteidiger der englisch-russischen Raubpolitik in ihrer Verlegenheit zu den dümmsten Argumenten greifen, die der schwächsten Kritik nicht standzuhalten vermögen. Sir Edward Grey hat bewußt gelogen, als er den Einmarsch der russischen Truppen in Nordpersien mit dem angeblichen Vordringen der türkischen Truppen in Verbindung brachte. Der Einmarsch der russischen Truppen erfolgte im Dezember, gleich nach der Überweisung des russischen Ultimatus an Persien. Die russische Regierung hat sich bisher mit keinem Worte auf das Vor-

dringen der Türkei berufen. Sie hat im Gegenteil durch ihre sieberhaltenen Küstungen am Urmiassee, durch die Besetzung und Befestigung der nach dem Westen führenden Straßen den Aufmarsch der türkischen Truppen zum Schutz der türkischen Verteidigungslinie provoziert. Sie macht auch jetzt keine Anstalten, die Position am Urmiassee aufzugeben. Sie zieht bloß ihre Truppen aus Kaswin zurück, läßt sie aber in Enseli, Choh, Täbris und anderen Städten der Provinz Azerbeidschan zurück. Charakteristisch ist ferner, daß die starken russischen Besatzungen auch in den nordöstlichen Provinzen, in Astrabad, Meshed u. a. zurückgelassen werden, die selbst die kühnste Phantastie nicht mit den türkischen Truppenverstärkungen am Urmiassee in Verbindung zu bringen vermag. Die Situation ist also, wie ersichtlich, noch schlimmer als aus der veröffentlichten englisch-russischen Note hervorgeht. Die Russen verstärken ihre Position in Nordpersien, und der Ausfall des englischen Ministers gegen die Türkei verfolgt nur den Zweck, der russischen Politik auch auf einem anderen Gebiet die Wege zu ebnet.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Parteien des Reichstages.

Das Verzeichnis der Mitglieder des Reichstags ist nunmehr abgeschlossen. Es gehören Abgeordnete an: der Sozialdemokratie 110, dem Zentrum 88, den Konservativen 45, den Nationalliberalen 44, der Fortschrittlichen Volkspartei 41, den Polen 18, der Reichspartei 12, Eisack-Lothringer 9, der Wirtschaftlichen Vereinigung 8, den Welfen 5, der Reformpartei 3, Wilde 11.

Neueinteilung der Reichstagswahlkreise.

Die Fortschrittler im badischen Landtag haben dort den Antrag eingebracht, die Regierung zu ersuchen, beim Bundesrat wegen einer Neueinteilung der Reichstagswahlkreise unter gleichzeitiger Einführung der Verhältniswahl Schritte zu unternehmen.

Der Wahlrechtskampf in Preußen.

Die Fortschrittliche Volkspartei hat im preussischen Abgeordnetenhaus bekanntlich den Antrag eingebracht, das Reichstagswahlrecht auf Preußen unter Neueinteilung der Wahlkreise zu übertragen. Für den Fall, daß dieser Antrag abgelehnt werden sollte, wird die Fortschrittliche Volkspartei nun einen Eventualantrag stellen, in dem nur das allgemeine direkte Wahlrecht sowie geheime Abstimmung verlangt wird. Es soll auf diese Weise dem Zentrum unmöglich gemacht werden, die ganze Wahlrechtsfrage zu Falle zu bringen; andererseits will man den Nationalliberalen die Möglichkeit geben, wenigstens einem solchen Antrage ihre Zustimmung zu erteilen. Außerdem glauben die Fortschrittler, der Regierung damit zeigen zu können, daß selbst in diesem Landtage eine Mehrheit zur Abänderung des jetzt geltenden Wahlrechtes vorhanden ist.

Bünderische Unversöhnlichkeit.

Der ungeheuerliche Wahlerlaß des Grimmener Landrats v. Maljan (siehe Artikel der Beilage) findet so ziemlich in der ganzen Presse scharfe Verurteilung, mit Ausnahme der ultramontanen und konservativen Organe natürlich, die sich ausschweigen. Eine Ausnahme macht nur die von dem Reichstagsabgeordneten Vertel geleitete „Deutsche Tagesztg.“, die das Vorgehen des Landrats mit den Worten billigt:

„Sachlich hat der Landrat mit seinen Ausführungen durchaus recht. Der Erlaß entspricht vollkommen den Anweisungen, die seinerzeit Fürst Bismarck gegeben hat.“

Bismarck hat allerdings einmal einen Erlaß hinausgegeben, in dem er die Landräte darauf hinweist, daß sie verpflichtet sind, die Politik der Regierung zu vertreten. Es handelte sich damals um die bevorstehenden Wahlen zum preussischen Landtage. Den Landräten ist es aber nicht entfernt eingefallen, stets die Politik der Regierung zu unterstützen, sie haben dies vielmehr nur dann getan, wenn diese Politik sich mit ihren Interessen deckte. Es sei nur an die von den Landräten zu Falle gebrachte preussische Kanalvorlage erinnert. Auf keinen Fall aber hat ein preussischer Landrat das Recht, eine derart ungeheuerliche Wahlbeeinflussung zu treiben. Für die „Deutsche Tageszeitung“ freilich scheidet Recht und Gesetz aus, sie betrachtet die Handhabung der Gesetze lediglich vom Standpunkt der brutalen Macht aus.

Im preussischen Abgeordnetenhaus.

haben nach dem neuesten, soeben herausgegebenen Mitgliederverzeichnis die Parteien folgende Stärke: Konservative 150, Zentrum 103, Nationalliberale 65 (1 Holsland), Freikonservative 61 (2 Holsland), Polen 15, Sozialdemokraten 6 Mitglieder; dazu kommen noch zwei Dänen und ein Bänder. Erledigt sind vier Mandate.

